

Festkomitee: Karnevalisten beklagen unklare Vorgaben aus der Politik



Fünf Wochen vor Weiberfastnacht haben die Regionalpräsidenten des Bund Deutscher Karneval (BDK) auf die unklaren Vorgaben aus der Politik für die Karnevalszeit aufmerksam gemacht. Im Rahmen eines Treffens mit Vertretern der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wurde bekannt, daß die aktuell geltenden Corona-Regeln wohl auch in der zweiten Hälfte der Session nicht verschärft werden. „Entgegen der Omikron-Vorhersagen der Politik von vor Weihnachten nehmen die Menschen aktuell wahr, daß Karneval in Kneipen oder im Rahmen von Saalveranstaltungen nach wie vor stattfinden darf und längst stattfindet“, beklagt BDK-Präsident Klaus-Ludwig Fess. „Die einzigen, die auf Wunsch der Politik freiwillig abgesagt haben, sind die ehrenamtlich agierenden Karnevalsvereine. Nun wissen wir immer noch nicht, ob die versprochenen finanziellen Hilfen von Bund und Land wirklich kommen und erleben gleichzeitig, wie kommerzielle Veranstalter in die entstandenen Lücken stoßen. Der Schaden für das Brauchtum ist maximal, während das Pandemiegeschehen durch unsere freiwilligen Absagen von Sitzungen praktisch nicht beeinflusst wird.“ Trotz anderslautender Signale vom Jahresende sind Veranstaltungen mit 750 Personen in Innenräumen nach wie vor erlaubt, Masken nicht vorgeschrieben. „Wir sind als Karnevalisten nicht in der Position, kommerzielle Veranstalter oder gar jeden einzelnen Jecken zu drängen, strengere Regeln umzusetzen, als die Corona-

Schutzverordnung vorschreibt. Das ist auch gar nicht unsere Aufgabe, wir können nur zur Vorsicht mahnen und unsere eigenen Veranstaltungen unter strengen Hygieneregeln umsetzen. Ein Ärgernis ist, daß aufgrund der Voraussagen und der jetzt gemachten Aussagen der Politik die ehrenamtlichen Karnevalisten auf Veranstaltungen verzichten haben, während kommerzielle Anbieter alle Möglichkeiten ausschöpfen können."

Eine ähnlich widersprüchliche Situation wie aktuell im Saalkarneval ist für den Straßen- und Kneipenkarneval Ende Februar 2022 zu erwarten. „Zum einen werden Veranstaltungen mit Zuschauern, die unter 2G-Plus-Bedingungen durchgeführt werden könnten, derzeit nicht genehmigt, während sich zum anderen Tausende von Jecken unkontrolliert an den Feierhotspots treffen und selbstverständlich auch in die geöffneten Kneipen strömen werden“, erklärt Christoph Kuckelkorn, Präsident des Festkomitees Kölner Karneval. „Und am Ende wird ‚der Karneval‘ in der öffentlichen Wahrnehmung erneut zum Corona-Treiber erklärt, obwohl die Menschen nur alle das tun, was gesetzlich erlaubt ist. Deswegen weisen wir frühzeitig auf diesen Widerspruch hin. Noch haben Bund und Land Zeit, den Kommunen die Werkzeuge für sicheres Feiern an die Hand zu geben."

Bei der Empfehlung für eine freiwillige Absage von Saalveranstaltungen mußte im Dezember 2021 für einen Zeitraum von über zwei Monaten geplant werden, um Planungssicherheit für die ehrenamtlich agierenden und zum großen Teil gemeinnützigen Karnevalsvereine zu schaffen. Ende Januar 2022 ist zu erkennen, daß sich zwar die Inzidenzen erhöhen, die Hospitalisierung aber stabil bleibt, so daß klare Signale aus der Politik kommen, daß die Corona-Regeln in den kommenden Wochen nicht verschärft werden müssen. „Das muß bei den Menschen so ankommen, daß der freiwillige Verzicht auf Karnevalsveranstaltungen nicht mehr nötig ist“, fürchtet Christoph Kuckelkorn. „Daher kann man es niemandem verdenken, sich unter Beachtung der aktuellen Corona-Regeln im Kostüm zu

treffen und zu feiern, wenn es ohne Kostüm ja auch erlaubt ist. Der organisierte Karneval wird dies sicher auch weiterhin mit Augenmaß und nur bei kleinen Formaten tun, weil wir und unsere Mitgliedsgesellschaften sich nach wie vor der Verantwortung bewusst sind. Aber ohne klare Vorgaben wird der einzelne Jeck dort feiern, wo es möglich ist."

Quelle und Grafik: Festkomitee Kölner Karneval von 1823 e.V.